

6141/AB
Bundesministerium vom 08.06.2021 zu 6286/J (XXVII. GP) sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.302.736

Wien, 4.6.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr.6286 /J der Abgeordneten Christian Ragger, Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Mag. Gerhard Kaniak und weiterer Abgeordneter betreffend AK-Arbeitsklimaindex: CoV drückt auf Psyche wie folgt:

Frage 1:

- *Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister den AK Arbeitsklimaindex, der am 6. April 2021 von der AK Salzburg veröffentlicht worden ist?*

Indizes, die zur Messung sozialpolitisch relevanter Sichtweisen dienen, liefern politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit wertvolle Informationen zu aktuellen Einstellungen und Entwicklungen. Dies gilt auch für den von Ihnen erwähnten Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer Salzburg.

Fragen 2 bis 4:

- *Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „die Hälfte der Befragten finanziell kaum über die Runden kommt“?*

- *Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „jeder Fünfte Angst um die Zukunft des Betriebs hat“?*
- *Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „jeder Dritte die gesellschaftliche Zukunft negativ sieht“?*

Den Sorgen der Menschen ist gerade in Krisenzeiten mit einem funktionierenden Sozialstaat entgegenzutreten. Jede Investition in diesen Bereich trägt entscheidend dazu bei, dass aus der Gesundheitskrise keine Sozialkrise wird und jede und jeder Einzelne sozial unterstützt wird.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise spüren besonders jene Menschen stark, deren Einkommen bereits vor der Pandemie im unteren Einkommensdrittel lag, sowie jene, die keine oder nur geringe finanzielle Mittel für die Zukunft ansparen konnten. Eine Vielzahl von rasch gesetzten Maßnahmen durch die Bundesregierung hat viele Menschen vor weiteren oder noch schwerwiegenderen Einkommensverlusten bewahrt.

Die umfassende Studie „COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich“ aus dem Herbst 2020, die durch meinen Vorgänger beauftragt wurde, hat zum damaligen Zeitpunkt keine umfassende Verschlechterung der Einkommenssituation von GeringverdienerInnen gezeigt (Studiendownload: [Allgemeine Sozialpolitik \(sozialministerium.at\)](#)). Es ist zu sehen, dass die von der Regierung gesetzten Maßnahmen grundsätzlich gegriffen haben, doch kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in manchen Fällen zu Verschärfungen gekommen ist.

Statistik Austria hat im Rahmen von EU-SILC 2020 (European Union Statistics on Income and Living Conditions) im Auftrag meines Ressorts die Lebenssituation der Bevölkerung von März bis Juli 2020 erhoben und bietet damit bereits erste Einblicke in die Lebensumstände der Befragten zu Beginn der COVID-19-Pandemie. Die aktuellen Daten zeigen, bezogen auf die erwarteten Einkommensveränderungen der nächsten zwölf Monate, eine pessimistischere Sicht als im vorangegangen Jahr. 2020 glaubten 15% der Befragten, dass sich ihre finanzielle Situation innerhalb des nächsten Jahres verschlechtern werde. Zudem gaben insgesamt 21% der Befragten an, dass sich ihr Haushaltseinkommen während der letzten zwölf Monate verringert hat. Innerhalb der Armutsriskogruppe berichteten 30% von einem geringeren Haushaltseinkommen (gegenüber 19% bei den Nicht-Armutsbetroffenen). Als Grund für die Einkommensreduktion wurde in 21% der Fälle ein Jobverlust oder Konkurs des eigenen Unternehmens genannt.

Als Sozialminister betrachte ich die Armutsvorbeidung und -bekämpfung als ein Kernanliegen meines Ressorts. Auch die gesamte Bundesregierung hat sich im

Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt, dass der Anteil der Armutsbetroffenen an der Bevölkerung in dieser Legislaturperiode zu halbieren ist.

Frage 5:

- *Welche Maßnahmen setzt dem das Gesundheits- und Sozialministerium entgegen?*

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat zahlreiche Maßnahmen getroffen, um den sozialen Folgen der Krise entgegenzuwirken. Verweise möchte ich auf die anlässlich der COVID-19-Krise gesetzten Maßnahmen meines Ressorts im Jahr 2020/2021.

Bereits kurz nach dem Beginn der COVID-19-Pandemie wurden für Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten 13 Mio. Euro aus Mitteln des Familienhärteausgleichs bereitgestellt. Zur Fortführung und zum Ausbau dieser Initiative wurden meinem Ressort im Jahr 2021 mit dem „COVID-19-Gesetz-Armut“ weitere Mittel in Höhe von 20 Mio. Euro für Unterstützungsleistungen an Haushalte mit Sozialhilfe- oder Mindestsicherungsbezug zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden an die begünstigten Haushalte im 1. Halbjahr 2021 in Form von Kinderzuwendungen bzw. Energiekostenzuschüssen ausbezahlt. Mit dem erst kürzlich verabschiedeten Familienpaket wurden die Corona-Hilfen für Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte mit Kindern nochmalig um weitere 14 Mio. Euro aufgestockt (Auszahlungen zur weiteren Gewährung von Kinderzuwendungen erfolgen im 2. Halbjahr 2021). Zur Unterstützung von Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten können in den Jahren 2020/2021 somit insgesamt bis zu 47 Mio. Euro eingesetzt werden.

Weitere 20 Mio. Euro werden zur zielgerichteten Unterstützung für armutsbetroffene Menschen wie z.B. Kinder und Jugendliche, für Lebensmittelsicherheit und Bedarfsgüter, zur medizinischen Grundversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung, für Gewaltschutz oder Unterstützung bei drohender Wohnungslosigkeit gebunden. Durch die Änderung des „COVID-19 Gesetzes-Armut“ sollen Projekte für besonders vulnerable Personengruppen, wie z.B. Alleinerziehende, mit zusätzlichen 12 Mio. Euro gefördert werden.

Auch durch die Erhöhung der Ausgleichszulage sowie der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe konnte dazu beigetragen werden, viele Menschen vor negativen sozialen Konsequenzen der Krise zu schützen.

Statistik Austria wird im Auftrag meines Ressorts ein Krisenmonitoring für Österreich ab dem vierten Quartal dieses Jahres zu den Themen „Soziale Eingliederung, Einkommen und Wohlbefinden“ durchführen um zeitnah Daten zu erhalten und auf Basis derer weitere gezielte Maßnahmen für vulnerable Gruppen zu erarbeiten.

Darüber hinaus wird in meinem Haus an der Erstellung der Nationalen Strategie zur Armutsvorbeugung „Chancen gegen Armut“ gearbeitet, in die zur Umsetzung des Regierungsprogramms die gesamte Bundesregierung eingebunden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

